

FRAUENTAG

Wenn Sie regelmäßig unser Leserforum lesen, ist Ihnen sicher aufgefallen, dass Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Das liegt nicht an meiner Auswahl, sondern daran, dass viel weniger Zuschriften von Frauen kommen als von Männern. Insofern war es mir ein Vergnügen, im gestrigen Leserforum eine Überzahl für die Frauen herstellen zu können. Heute kommt immerhin ein Drittel der Zuschriften von ihnen. Doch das ist zu wenig, um die FR-Tradition fortzusetzen und am 7. März zum Weltfrauentag ein reines Leserinnenforum zu machen. Also: Hauen Sie in die Tasten! Was Männer können, das können Sie selbstverständlich auch. Ihr Bronski

Frieden ohne Waffen

Schützenvereine: „Warum dürfen die das?“, FR-Kolumne vom 25. Februar

Die Kolumne von Michael Herl zeigt, wie weit wir uns als Gesellschaft von dem Nachkriegsschwur – nie wieder Kriege – entfernt haben. Waffen zerstören Sicherheit im In- und Ausland und sind disruptiv im täglichen Leben. Nach einem Amoklauf kommt stets die Litanei der Waffenbrüder, dass der Amokschütze ein vollkommen unauffälliger, integrierter und netter Waffenbruder ist, der jede Charakterüberprüfung besteht und ein wertvoller Teil der Kameradschaft war. Zu oft stellt sich heraus, dass der Amokschütze psychisch auffällig war und die Eignungsprüfung von den gegenwärtigen Prüfinstanzen nicht geleistet werden kann. Frieden schaffen geht nur ohne Waffen – im Inland und im Ausland.

Rudolf Wenz, Steinbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz.
Dienstag, 3. März, 18.30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Plätzen Frankfurt schon die Nähte?“ Mit Martin Hunscher (Stadtplanungsamt) u.a..
Dienstag, 3. März, 9.30 Uhr,
Bürgerdialog im Stadtplanungsamt, Kurt-Schumacher-Straße 10, Frankfurt

Mit Drohungen verbreitet Höcke gezielt Angst

Zu: „AfD-Mann Höcke bleibt Beamter“, FR-Regional vom 22. Februar, und „Gesundheit!“, FR-Regional vom 15. Februar

Der hessische Staat muss sich von Höcke trennen

Zunächst ein Bezug zum schleichenden und rasant fortschreitenden Weg in die Barbarei. Viktor Klemperer, Jude, Romanist und Sprachforscher, protokollierte unter Lebensgefahr seine Alltagsbeobachtungen in Dresden in der Zeit von 1933 bis 1945 sowie seine sich steigernden individuellen Ängste auf 1500 Seiten. Nachzulesen in „Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten“.

Nun zum AfD-Mann Björn Höcke. Er zeigt sich als studierter Geschichtslehrer aus Hessen beispielhaft als faschistischer Politiker. Mit seinen Drohungen verbreitet er gezielt Angst, z.B. mit seinem Wort von der „wohltemperierten Grausamkeit“ für die Zeit danach: nach einem politischen Umsturz weg von der Demokratie, den er plant, und weg vom Parlamentarismus, den er verachtet. Darin äußert sich beileibe nicht die krude Phantasie eines psychisch Gestörten, sondern bitterernstes Kalkül.

Wir sind aufgefordert, einem Menschen mit dieser Denkungsart ein demokratisches Podium zu verweigern, sei es in Thüringen als Politiker in demokratischen Gremien oder gar als Geschichtslehrer in einem hessischen Gymnasium. Auch wenn die AfD ihn braucht und schützt, muss Höcke der Weg ins Lehramt begründet versperrt werden, denn nach hessischem Beamtenrecht unterliegt ein Lehrer der politischen Neutralitäts- und Mäßigungspflicht. Das Feigenblatt einer Rückkehr in den hessischen Schuldienst durch etwaige „Wandlung“ dürfen wir ihm nicht lassen. Der hessische Staat muss, wenn er sein Gesicht wahren will, sich schleunigst von Höcke trennen. Jetzt sind die Verantwortlichen im hessi-

schen Staatsapparat und in der Justiz gefragt, seine politische Sprachverwendung in den letzten Jahren zu analysieren, um ihm nach eingehender Prüfung das Recht auf Wiedereinstellung als Lehrer in Hessen abzusprechen zu können, das er selbst durch seine Sprache verwirkt hat.

Die Rechte des hessischen Staates dürfen gerade nicht ruhen, was die Causa Höcke angeht. Es ist Zeit zu handeln!

Inge Schneider, Langen

Die juristische Niederlage ist bereits absehbar

Pitt von Bebenburg erinnert in seinem Kommentar anlässlich der Ministerpräsidentenwahl-Farce von Thüringen daran, dass der Faschist Björn Höcke nach wie vor ein „hessischer Lehrer“ ist, und wünscht den hessischen Schülern, „dass sie es nie mehr mit einem Lehrer Höcke zu tun bekommen“. Diesem Wunsch schließe ich mich uneingeschränkt an, frage aber auch, was die hessischen Regierungsparteien dafür getan haben, dass Höcke wirklich nie mehr auf Schülerinnen und Schüler losgelassen wird. Die Antwort lautet schlicht: Nichts. Und das ist skandalös genug.

Man stelle sich nur mal vor, Höcke würde sich von seinen volksverhetzerischen Polit-Aktivitäten nicht mehr genügend ausgelastet fühlen und käme auf die Idee, in den hessischen Schuldienst zurückzukehren und Schülerinnen und Schüler in Geschichte (!) zu unterrichten. Weder die Christdemokraten noch die Grünen in Hessen haben irgendetwas dafür getan, ihm diesen Weg zu verstellen. Sollte dennoch versucht werden, ihm die Rückkehr in den hessischen Schuldienst zu verweigern, ist auf der Grundlage dieses Versäumnisses die juristische

Niederlage inklusive aller Folgekosten bis hin zu Höckes Pensionsanspruch absehbar.

In derselben Ausgabe der FR wird über die vom Wiesbadener Stadtparlament beschlossene Umbenennung der Pfitzerstraße berichtet, die 1956 nach einem erwiesenen Holocaustleugner, Hitlerverehrer und Antisemiten benannt worden war. Und welche Parteien waren es wohl, die aktuell gegen die Umbenennung stimmten? Ein Blick nach Thüringen liefert die Antwort: CDU, AfD und FDP!

Weiter im Wirtschaftsteil der FR desselben Tages: Die Verschärfung der Mietpreisbremse wird von FDP und AfD mit fast wortgleichen „Argumenten“ abgelehnt. Es handele sich dabei um eine „sozialistische Preiskontrolle“ (O-Ton FDP) bzw. um „sozialistischen Unfug“ (O-Ton AfD).

Man sieht, die Affinitäten zwischen AfD sowie CDU und FDP beschränken sich nicht nur auf Thüringen und andere ostdeutsche Länder. Und wer glaubwürdig dagegenhalten will, sollte sich nicht wie Herr Bouffier und seine Koalitionspartner auf entschieden klingende Worte beschränken, sondern sich an Taten messen lassen, die die Worte nachvollziehbar mit Inhalt füllen. Vorschlag für einen ersten Schritt: Herr Höcke darf nicht weiter ein „hessischer Lehrer“ sein! Manfred Wagner, Hanau

Berufsverbote für die Täter

In Deutschland gibt es Berufsverbote nur gegen Juden (1993) und Kommunisten (1972), nicht aber gegen die, die Juden und Kommunisten ins KZ gesteckt haben und das immer noch wollen. Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Diskussion: frblog.de/rhetorisch

1029815